

EUROPÄISCHES PARLAMENT



DR. INGE GRÄBLE

MITGLIED DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

PRESSEMITTEILUNG

Donnerstag, den 1. September 2005

„Der Streit um die Einführungsquoten von Textilien aus China darf nicht auf dem Rücken der Verbraucher ausgetragen werden“ meint die CDU – Europaabgeordnete Dr. Inge Gräble. „Es kann nicht sein, dass Europas Zollhäuser mit Winterware aus allen Nähten platzt, während die Regale in den Geschäften leer bleiben und die Händler ihre bereits bezahlte Ware nicht einräumen können.“

Damit spricht sich Dr. Inge Gräble deutlich für eine schnelle und nachhaltige Lösung aus; „Je länger das Problem andauert, umso größer könnten die Nachteile, sowohl für die Händler, als auch für den Verbraucher, werden. Dies kann sich erstmals mit der neuen Herbstkollektion zeigen.“ Im Übrigen verstehe kein Mensch, wie es zu einer solchen Situation kommen konnte.

Nachdem am 1. Januar 2005 die Mengenbeschränkungen für den Import von Textilien und Bekleidung erstmals weggefallen waren, stiegen die Lieferungen aus dem Ausland, insbesondere aus China sprunghaft an. Der europäischen Textilindustrie drohten erhebliche Einbußen. Deshalb wollten einige EU-Staaten, bestimmte Waren, wie zum Beispiel Pullover und Hosen, nur noch in begrenzten Mengen in ihr Land lassen, um die eigene Wirtschaft zu entlasten. Als Reaktionen auf diese Beschränkungen und zum Ausgleich der beiderseitigen Interessen einigten sich die EU und China am 10. Juni 2005 auf neue Quoten. Mit dieser Lösung wollte Brüssel die heimische Textilproduktion vor den Billigimporten aus China schützen. Allerdings wurden die neu vereinbarten Höchstgrenzen in mehreren Produktbereichen schon nach wenigen Wochen - vermutlich auch durch Manipulationen - erreicht, so dass zu Jahresbeginn bestellte und bereits bezahlte Ware von den Händlern in Zollhäusern eingelagert werden musste.

Dr. Inge Gräble betont dabei den Vertrauensschutz: „Die Unternehmen, die sich in der Vergangenheit auf die neuen Rahmenbedingungen eingestellt haben, dürfen nicht in ihrem Vertrauen enttäuscht werden. Deswegen müssen wir die neuen Beschränkungen kritisch prüfen. Welthandel erst zuzulassen, um ihn dann wieder halb zurückzunehmen, geht nicht mehr. Das zeigt der Textilstreit sehr deutlich.“